

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger: Dr. Friedrich Engels  
Verlag: Dietrich Reimer  
Berlin, Unter den Linden 10



Verleger: Dr. Friedrich Engels  
Verlag: Dietrich Reimer  
Berlin, Unter den Linden 10

Die Redaktion ist in Berlin  
am Montag 8 Uhr und am Dienstag 9 Uhr  
für den Druck und die Abnahme des Blattes  
am Montag 10 Uhr und am Dienstag 11 Uhr

Berlin, den 15. Januar 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Frankreich ohne Briand.

SPD. Ob sich Briand schliesslich doch noch dazu breitschlagen lassen wird, als ständiger Völkerbundsdelegierter Frankreichs in mehr oder minder loser Fühlung mit der Regierung und mit der Aussenpolitik seines Landes weiter zu stehen oder ob er auch dieses letzte Angebot Laval's endgültig ablehnt, ist ziemlich gleichgültig. Denn seit seiner Niederlage bei der Präsidentenwahl in Versailles am 13. Mai vorigen Jahres war Briand's Stern verblasst, sein Prestige im Innern des Landes war erschüttert und auch sein Ansehen in der übrigen Welt hatte unter diesem unerwarteten Misserfolg schwer gelitten. Auch physisch hatte diese Enttäuschung den fast 70-jährigen Staatsmann schwer mitgenommen. Im eigenen Interesse hätte er besser getan, bei seinem ursprünglichen Entschluß zu bleiben und unmittelbar nach der Präsidentenwahl zurückzutreten. Die acht Monate, in denen er das französische Aussenministerium formell weitergeleitet hat, waren überreich an kritischen Ereignissen, denener intellektuell und körperlich nicht mehr gewachsen war. Vielleicht wird er nach einer längeren Erholungspause, die er dringend benötigt, einiges von seiner früheren Frische und Beweglichkeit wiedererlangen und damit abermals eine Rolle in der Politik Frankreichs und der Welt spielen. Einstweilen ist es jedoch durchaus logisch, dass der Ministerpräsident Laval das Aussenministerium offiziell übernimmt, da er und nicht mehr Briand - faktisch seit dem vergangenen Sommer die entscheidenden aussenpolitischen Verhandlungen mit den fremden Staatsmännern führt. Dennoch wird das Verschwinden Briand's allgemein instinktiv als eine gewisse Abkehr Frankreichs von den Bahnen jener Verständigungspolitik mit Deutschland aufgefasst werden, die der "Mann von Locarno" nun einmal verkörperte. Diese Auffassung ist schon deshalb unvermeidlich, weil ausser dem verstorbenen Kriegsminister Maginot der Aussenminister der einzige Mann ist, der bei der Umbildung des französischen Kabinetts ersetzt wurde und weil die Gerüchte um seine Ausbeutung sogar unmittelbar vor dem plötzlichen Tode des Kriegsministers unwidersprochen im Umlauf waren. Vor allem fällt der mehr oder weniger freiwillige Rücktritt Briand's mit einer Welle der nationalen Erregung zusammen, die die jüngsten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers über die künftige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands ausgelöst haben.

Diese Erregung ist zwar nicht künstlich, sondern in weiten Kreisen des französischen Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung spontan ausgebrochen, aber sie hätte durch eine mutige Regierung gedämpft werden können. Denn Dr. Brüning hatte den französischen Botschafter Francois-Poncet über die These, die Deutschland auf der Konferenz von Lausanne, gestützt auf den Baseler Bericht, vertreten würde, bereits vor dem englischen Botschafter Rumbold unterrichtet. Die Bekanntgabe dieser Tatsache durch die amtlichen französischen Stellen hätte genügt, um der ungeheuren Bestürzung vorzubeugen, die sich in der vergangenen Woche Frankreichs bemächtigt hat. Aber man wollte anscheinend in Paris diesen Ausbruch nationalistischer Leidenschaften gar nicht verhindern weil er den innerpolitischen Absichten der massgebenden Kreise, insbesondere

der geplanten Entfernung Briands, sehr gelegen kam.

Laval, dessen Mehrheit in den letzten Wochen immer mehr zusammenschrumpfte und der mit der Möglichkeit seines Sturzes noch vor den Neuwahlen im Frühjahr rechnen musste, hätte nur zu gern die sogenannte "Konzentration" zustande gebracht, d.h. eine Regierung der Mittelparteien unter Einbeziehung der Radikalen. Aber nach ihren letzten Kongressbeschlüssen waren die Radikalen entschlossen, jedes derartige Angebot Lavals während der Amtsdauer des jetzigen Parlaments abzulehnen. Der Ministerpräsident konnte eine Sinnesänderung der Partei Herriots und Daladiers nur noch dann erhoffen, wenn irgendein aussergewöhnliches Ereignis eintreten würde, welches eine innerpolitische Burgfriedensatmosphäre geschaffen hätte. In den Erklärungen Brünings, die zunächst von der englischen Reuter-Agentur in zugespitzter Form verbreitet wurden, und die man als die Ankündigung einer bewussten Zerreißung des Youngplanes hinzustellen beliebte, glaubte man den gewünschten Anlass gefunden zu haben, um die Konzentrationsregierung zustande zu bringen. Vermutlich spekulierte der Ministerpräsident dabei auch auf den persönlichen Ehrgeiz des radikalen Führers Herriot, der sich schon seit geraumer Zeit als Kandidat für die Nachfolgschaft Briands durch nationale Töne selbst empfohlen hatte.

Aus dieser innerpolitischen Spekulation ist indessen nichts geworden, die Radikalen sind nicht auf den Leim gekrochen, die französische öffentliche Meinung hat sich inzwischen verhältnismässig beruhigt und so musste sich Laval mit einer blossen Ergänzung seines Kabinetts begnügen. Sein nachträglicher Versuch, Briand zum Verbleiben im Amte zu bewegen, ist gescheitert, vermutlich weil Briand selbst erkannt hat, dass er zuletzt nur noch als innerpolitische Figur auf dem parlamentarischen Schachbrett des Ministerpräsidenten gebraucht wurde. Das einzige hervortretende Merkmal in dieser Neuauflage des Kabinetts Laval ist die Ernennung des bisherigen Landwirtschaftsministers Tardieu zum Kriegsminister und damit zum französischen Delegationsführer auf der Weltabrüstungskonferenz. Tardieu gilt als "starker Mann" und man muss mit der Möglichkeit rechnen, dass sein Auftreten in Genf die Erfolgsaussichten der Abrüstungskonferenz nicht gerade erleichtern werden.

-----

SPD. Darmstadt, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Darmstädter Naziblatt, in dem die Gauleitung Hessen der NSDAP dieser Tage mitgeteilt hat, dass gegen den Enthüller des Borheimer Dokuments, den hessischen Abgeordneten Karl Wilhelm Schäfer aus Offenbach Strafanzeige wegen Unterschlagung von 150 Mark Parteigeldern und wegen intellektueller Urkundenfälschung durch unrechtmässige Führung des Dokortitels erstattet worden sei, muss am Freitag einer Erklärung Schäfers Raum geben, in der festgestellt wird, dass Schäfer wegen dieser Veröffentlichung Strafantrag wegen Verleumdung gestellt habe. Er habe 100 Mark von einem Offenbacher Kaffetier erhalten, die er diesem nach seinem Austritt aus der NSDAP wieder zurückgezahlt habe. Ferner habe er noch 150 Mark Parteigelder von einem Porzellanwarenhändler erhalten, von denen er 127,44 rechtmässig zur Bezahlung der Telefongebühren für die Kreisgeschäftsstelle der NSDAP Offenbach verwendet habe. Der Rest von 22,56 Mark habe nicht einmal zur Deckung der von ihm aus seiner Tasche verauslasteten Frachtspesen für Flugblätter gereicht, worüber er Belege besitze. Er habe also keine Gelder unterschlagen, sondern im Gegenteil noch Forderungen an die NSDAP. Sein Dokortdiplom, das nicht gefälscht, sondern von einer Universität ausgestellt sei, habe er der Darmstädter Gauleitung seinerzeit vorgelegt. Schliesslich dementiert Schäfer die Behauptung von seinem Uebertritt zur SPD.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag mit der bevorstehenden Abrüstungskonferenz. Botschafter Nadolny erstattete einen ausführlichen Bericht über den Stand der Vorarbeiten, dem eine eingehende Aussprache folgte.

---

SPD. Hamburg, 15. Januar (Eig. Drahtb.)  
In Altona wurde ein Nazilokal durch die Polizeibehörde auf zunächst 8 Tage geschlossen. Das Lokal war in letzter Zeit wiederholt der Ausgangspunkt von Überfällen auf politische Gegner.

---

SPD. Der Preussische Landtag tritt am Dienstag wieder zusammen. Er wird sich am Freitag wieder vertagen.

Am Dienstag sollen Ausschussanträge diskutiert und verabschiedet werden. In der Mittwoch-Sitzung werden voraussichtlich die Polizeiverordnungen über das Verbot nächtlicher Gelände-Übungen und Märsche, über das Verbot der Abgabe von Hieb- oder Stosswaffen, über den äusseren Schutz der Sonn- und Feiertage, über die Errichtung von vorstädtischen Kleinsiedlerstellen, über die Verwendung und Aufbewahrung von Röntgenfilmen und über den Bau und die Einrichtung von Waren- und Geschäftshäusern besprochen oder den Ausschüssen zur Beratung überwiesen werden. Weiter soll am Mittwoch zur Aussprache gestellt werden der Bericht des Verfassungsausschusses über das Flaggen der öffentlichen Gebäude am Volkstrauertag, über das Durchgreifen der Polizei gegen unsittliche Darstellungen, über Anträge zum Vortrag mit der evangelischen Kirche, zu dem Film "Im Westen nichts Neues", zum Lohnabbau, zur Reichs-Neugliederung usw.. Diese Debatte soll evtl. am Donnerstag fortgesetzt werden, an dem ausserdem beraten werden sollen die Anträge und Anfragen, die zur zweiten preussischen Sparverordnung vorgelegt worden sind. Da gleichfalls für Donnerstag noch Anträge der Fraktionen zur vierten Reichs-Notverordnung insbesondere über den Schutz des inneren Friedens usw. vorliegen, ist aufgrund der Reichs- und der preussischen Notverordnungen mit einer abermaligen grossen politischen Aussprache zu rechnen.

---

SPD. Essen, 15. Januar (Eig. Drahtb.)  
Der Polizei gelang es eine Terrorgruppe auszuheben, die unter der Führung des berüchtigten früheren Zellenobmanns der Nazis und jetzigen kommunistischen Wanderredners Hilmar Bach seit langer Zeit zahlreiche Einbrüche verübt hat. 13 Mitglieder der Bande wurden festgenommen, drei konnten sich der Verhaftung durch die Flucht entziehen. Es steht fest, dass auf das Konto der Einbrechergesellschaft etwa 30 nächtliche Besuche in Konsumanstalten zu buchen sind. Offenbar sind der Bande auch zahlreiche in letzter Zeit und früher vorgekommene Terrorakte zur Last zu legen.

Die Entwicklung des Führers der Einbrecherkolonne vom Nazizellenobmann über den kommunistischen Wanderredner zum gemeinen Verbrecher ist charakteristisch für den Rechts- und Linksradikalismus von heute.

---

SPD. In unserem Artikel über die Bürgersteuer und ihre Befreiungen und Ermässigungen (6. Januar), war auch die Frage behandelt, unter welchen Voraussetzungen die Bürgersteuer auf die Hälfte des Normalsatzes ermässigt wird. Da diese Darstellung offenbar zu Missverständnissen Anlass gegeben hat, stellen wir nochmals folgendes fest :

Anspruch auf die Ermässigung der Bürgersteuer auf die Hälfte (bei einem Landessatz von 6 Mark also auf 3 Mark, bei Erhebung von 300 Prozent des Landessatzes also auf 9 Mark) haben nur die Steuerpflichtigen, die im Jahre 1930 keine Lohn- oder Einkommensteuer gezahlt haben. Es kommt also nicht darauf an, ob die Steuerpflichtigen jetzt Lohnsteuerfrei sind, sondern ob sie für 1930 Lohnsteuerfrei waren. Als Lohnsteuerfrei gelten sie, wenn sie entweder im Jahre 1930 überhaupt keine Lohnsteuer entrichtet haben, oder wenn ihnen nach Jahresschluss die volle Lohnsteuer erstattet worden ist. Lohnsteuerfrei sind für 1930 diejenigen Lohn- und Gehaltsempfänger gewesen, die in diesem Jahre weniger verdient haben, als die Freibeträge ausgemacht haben. Bei Wochenlohneempfängern darf somit ein Lediger nicht mehr als 1248 Mark jährlich, ein Verheirateter mit zwei Kindern nicht mehr als 1717 Mark usw. verdient haben, und bei Monatsgehaltsempfängern ein Lediger nicht mehr als 1200 Mark, ein Verheirateter mit zwei Kindern nicht mehr als 1680 Mark jährlich.

In der Regel wird die Tatsache, ob jemand aus diesen Gründen nur die halbe Bürgersteuer zu zahlen hat, schon bei Ausstellung der Steuerkarte berücksichtigt sein. Denn den Finanzämtern und Gemeindebehörden standen bei Ausschreibung der Steuerkarten die erforderlichen Unterlagen über die Steuerhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen im Jahre 1930 zur Verfügung. In einzelnen Fällen kann es aber vorgekommen sein, dass auf der Steuerkarte irrtümlich der volle Bürgersteuersatz angefordert worden ist, obgleich der Steuerpflichtige 1930 weder Lohn noch Einkommensteuer gezahlt hat. In diesen Fällen muss der Steuerpflichtige bei der Gemeindebehörde, die die Steuerkarte ausgestellt hat, (und nicht beim Finanzamt) die Berichtigung der Eintragung verlangen. Die Gemeindebehörde muss die Berichtigung auf Grund einer Nachprüfung ihrer Unterlagen sowie der Unterlagen des Finanzamts vornehmen. Das gilt auch für die Fälle, in denen den Steuerpflichtigen nach Schluss des Jahres 1930 die gezahlte Lohnsteuer voll erstattet worden ist.

-----

SPD. Paris, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Den gewissermassen offiziellen Standpunkt der französischen sozialistischen Partei zu den Erklärungen Brünings in der Reparationsfrage setzt der Abg. Grumbach in der am Sonnabend erscheinenden Nummer der Wochenzeitschrift "Lumière" auseinander.

Grumbach stellt zunächst fest, dass die Mitteilungen der englischen Reuter-Agentur über die Unterredung Brüning-Rumbold, die nach seinen Ermittlungen auf eine Indiskretion zurückzuführen seien und den Reichskanzler selbst in Erstaunen gesetzt haben, in allen Kreisen Frankreichs eine ungeheure Verwundung, ja sogar Bestürzung hervorgerufen haben, und dass entgegen den Mitteilungen der deutschen Presse "in Frankreich absolute Einstimmigkeit darüber bestanden habe, die dem Reichskanzler zugeschriebene Haltung als unzulässig zu bezeichnen". Dann geht Grumbach auf das Interview ein, das Brüning nach der Veröffentlichung der Reuter-Meldung hat verbreiten lassen und erklärt dazu, dass die darin von Brüning gebrauchten Worte sich erheblich von der Formulierung der Reuter-Meldung unterscheiden. Die These des Reichskanzlers sei "Ich kann nicht mehr zahlen" und nicht "Ich will nicht mehr zahlen".

Man könne, so fährt Grumbach fort, über die Zweckmässigkeit selbst dieser Formel streiten. Auf jeden Fall habe sie nicht denselben Charakter wie das Telegramm des Reuterbüros. Dieser Zwischenfall könne vielleicht eine heilsame Wirkung haben, denn er werde einem grossen Teil des deutschen Volkes, das der Republik, der Demokratie und dem Frieden treu bleibt, gezeigt haben, wie sehr es unrecht haben würde, in der Reparations- und Abrüstungsfrage gewisse übertriebene Formeln des Hitler- und Hugenberg-Nationalismus zu übernehmen. Wie ernst aber auch die Lage und der Rückschlag sein möge, den die Idee der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und besonders zwischen Frank-

reich und Deutschland durch die Erklärungen Brünnings erlitten habe, so sei doch noch nichts unheilbares verloren. Je mehr die von beiden Parteien verteidigten Thesen sich zu widersprechen scheinen, desto mehr seien die verantwortlichen Führer verpflichtet, zu verhindern, dass diese Widersprüche sich in unlösbare Konflikte umwandeln. Wenn man nicht mit nationalistischer Blindheit geschlagen sei, sondern kaltes Blut bewahre und den loyalen Willen habe, über alle Schwierigkeiten hinweg zu einer Verständigung zu kommen, dann gebe es Lösungen für alles.

-----

SPD. Frankfurt/M., 15. Januar (Eig. Dr.)

Die Freitagsitzung des Favag-Prozesses wurde ausgefüllt mit mehrstündiger Gutachten der beidengerichtlichen Sachverständigen Rechtsanwalt Dr. Franz Hermannsdorffer und Direktor Bösebecker, die sich zu der Anklage gegen Becker und Kirschbaum äusserten.

Die Anklage legt Becker und Kirschbaum, so führten die Sachverständigen aus, zur Last, dass sie für ihre Privatgeschäfte mit der Keramik und dem Kahn-Konzern die Bürgschaft und das Geld der Favag, deren Angestellte sie waren, in Anspruch genommen hätten. Den Nachdruck legt die Anklage auf die Tatsache, dass Kirschbaum und Becker als Favag-Direktoren sich selbst Kredite bzw. Bürgschaften in einer Fülle von Geschäften zu ungewöhnlich niedrigen Prämien gewährt hätten. Kirschbaum war Leiter der in Frage kommenden Abteilung seiner Gesellschaft. Die Sachverständigen hielten ihm wohl zugute, dass der damalige Generaldirektor der Favag, der verstorbene Dumcke, den Prämiensatz für das Keramikgeschäft auf 1% pro Jahr festsetzte, statt des damals für derartige Geschäfte üblichen Satzes von 2%, dass also Kirschbaum in diesem Falle durch Dumcke gedeckt war. Nach dem Tode Dumckes fiel allerdings der Satz von 1% gänzlich aus dem Rahmen, weil bereits Ende 1928 Vorlagen für die Keramik geleistet waren. Dass seit April 1929 nach dem Zusammenbruch der Keramik überhaupt keine Prämien mehr berechnet wurden, wird von den Sachverständigen nicht gebilligt. Bei einem Häusergeschäft übernahm die Favag Hypothekenbürgschaften in beträchtlicher Höhe. Ein derartiger Finanzkredit wird von den Sachverständigen für unzulässig erklärt, weil es sich nicht um ein solides Unternehmen handelte, sondern um ein Unternehmen, das durch den Favag-Kredit wirtschaftlich überhaupt erst auf die Beine gestellt wurde. Bedenklich ist nach der Meinung der Sachverständigen ferner, dass Becker und Kirschbaum diese Geschäfte durchführten, als sie bereits sehr erheblich mit anderen Verpflichtungen belastet waren. Als besonders bedenklich wird auch das Geschäft mit der Zentrum-G.m.b.H. bezeichnet. Hier gab die Favag ohne jede Sicherheit einen Kredit von 500 000 Schweizer Franken. Weder für die Bürgschaft noch für den Kreditauftrag wurde eine Police ausgestellt. Der Sachverständige Hermannsdorffer erklärt die Prämiensätze bei den Häusergeschäften als nicht ausreichend. Bei einem normalen Prämiensatz hätten die drei Geschäfte zusammen eine Mehreinnahme von 30 244 Mark für die Favag ergeben können.

Inbezug auf die Geschäfte mit dem Kahnkonzern erklärt der Sachverständige Direktor Bösebecker: Die Uebernahme dieser Geschäfte war eine grosse Gefahr für die Favag. Die Bürgschaften belasteten die Favag nicht nur mit mehr als 6 Millionen Mark, sondern auch mit hohen Gefahren. Zudem waren es meist selbstschuldnerische Bürgschaften. Die wiederholte Nichtbegrenzung der Verpflichtungen der Favag bei Finanzkautionsversicherungen verstösst gegen den in der Regel üblichen Grundsatz des Kreditversicherers, seine Verpflichtungen von vornherein fest zu begrenzen. Ferner war die Gefahr gegeben, dass die Favag aufgrund einer selbstschuldnerischen Bürgschaft in Anspruch genommen werden konnte: Beim Mabeco-Geschäft bis zu 400 000 Mark, bei der Kalmag bis zu 1 450 000 Mark, beim Zyklon-Geschäft bis zu 2 250 000 Mark, beim Geschäft Sonderrmann & Stier bis zu 550 000 Mark. Die Uebernahme unmessbarer Gefahren

bei so grossen Geschäften wie z.B. mit Richard Kahn in einer Zeit, als der Kahnkonzern schon in grossen Schwierigkeiten war, war geradezu ein Sprung ins Dunkle. Die Favag hatte jedenfalls keine Veranlassung, an der Sanierung des Kahn-Konzerns mitzuwirken, nachdem die schon daran beteiligte Grossbank (Commerzbank) die Gefolgschaft verweigert hatte.

Besonders bemerkenswert ist noch die Tatsache, dass diese selbstschuldnerischen Bürgschaften von der Favag ohne jede Rückversicherung übernommen worden sind.

-----

SPD. Paris, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Der antifaschistische Bombenanschlag auf das "Haus der Italiener" in Aubagne hat mehrere Verletzte gefordert. Insgesamt wurden vier Personen durch den Einsturz der Giebelwand verletzt: der Geschäftsführer des Ausschanks und eine Kellnerin, sowie die Geschäftsführerin eines über dem Ausschank gelegenen Tanzlokals und deren Tochter. Von den beiden verhafteten Italienern hat einer inzwischen zugegeben, der Urheber des Anschlags gewesen zu sein. Der zweite erklärte, er kenne zwar seinen Landsmann, sei aber an dem Anschlag nicht beteiligt gewesen.

-----

SPD. Brüssel, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Pariser "Temps" enthält in seiner Freitag-Ausgabe einen langen Bericht aus Brüssel, in dem in sehr bestimmter Form, die auf eine offiziöse Quelle schliessen lassen, der angebliche Standpunkt der belgischen Regierung in der Reparationsfrage dargestellt wird. Inhaltlich deckt sich dieser angebliche belgische Standpunkt mit dem, was man in der Pariser offiziösen Presse als den Standpunkt der französischen Regierung betrachten müsste.

In dem Temps-Artikel wird vor allem behauptet, dass die belgische Regierung keine einseitige Verleugnung des Youngplans dulden und gegebenenfalls mit anderen Gläubigerstaaten zu Strafmassnahmen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete schreiten würde. Im übrigen will die belgische Regierung nur einem Moratorium von ganz kurzer Dauer zustimmen und namentlich angesichts der Haltung des amerikanischen Kongresses zunächst keine endgültige Lösung zulassen. Zum Schluss kommt der Temps zu der Folgerung, dass die allgemeine Streichung nur unter dem Vorbehalt akzeptiert werden könne, dass Belgien und Frankreich für die Herstellung der zerstörten Gebiete noch während einer Reihe von Jahren entschädigt würden.

Dazu erfährt der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" in Brüssel von gut unterrichteter Seite, dass die Darstellung des "Temps" in keiner Weise mit der Auffassung der belgischen Regierung übereinstimmt. In Wirklichkeit hat die belgische Regierung zu der Frage überhaupt noch nicht endgültig Stellung genommen. Mit Bestimmtheit wird vielmehr versichert, dass nach der Auffassung der belgischen Regierung zur Stunde gar kein Anlass vorliegt, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob und welche Sanktionsmassnahmen für den Fall zu ergreifen wären, dass Deutschland seine Reparationsverpflichtungen durch einen einseitigen Willensakt verleugnet. Nur soviel ist richtig, dass die belgische Regierung bei der anerkannten Gewissheit, dass Deutschland gegenwärtig nicht zahlen kann und die Vereinigten Staaten sich unnachgiebig zeigen könnten, mit grosser Sorge die schweren finanziellen Folgen der verschiedenen Möglichkeiten sieht.

-----

SPD. Genf, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat die englische Anregung, die Möglichkeit einer baldigen Finanzkonferenz der Regierungen und Notenbanken zu untersuchen, stärkstes Aufsehen erregt. Zweck dieser Konferenz soll die gemeinsame Stabilisierung aller Währungen sein. Einen entsprechenden Beschluss hat das Wirtschaftskomitee noch nicht gefasst.

Man nimmt hier an, dass der englische Vorschlag zu dem Zwecke gemacht wurde, die übrigen Währungen dem verringerten Stand des Pfundes anzupassen und ein starkes Moment der Unsicherheit aus der Weltwirtschaft auszuschalten.

---

SPD. Paris, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Vorschlag des Mailänder "Popolo d'Italia" auf Bildung einer europäischen Einheitsfront gegenüber Amerika zum Zwecke der Reparations- und Schuldenstreichung ist von der französischen Presse ausführlich wiedergegeben aber bisher nur verhältnismässig wenig kommentiert worden. Diese wenigen Blätter lehnen zwar den italienischen Standpunkt nicht grundsätzlich ab, erklären jedoch, man dürfe sich keine zu grossen Illusionen über den Erfolg eines derartigen Vorgehens machen, da jedesmal wenn die Frage der Streichung oder Herabsetzung der Schulden aufgeworfen wurde, sich in den Kreisen des amerikanischen Kongresses sofort heftige Reaktionen bemerkbar gemacht hätten. Beachtenswerter ist der Rechtspreste der am Freitag in der "Daily Mail" gemachte Vorschlag betreffend ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Englands auf der Reparationskonferenz.

---

SPD. Brüssel, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Die amtliche Untersuchung über die Ursache der Feuersbrunst im Zirkus Sarassani in Antwerpen hat bisher ergeben, dass der Brand wahrscheinlich auf die Unvorsichtigkeit des Zirkuspersonals zurückzuführen ist, das trotz strengen Verbots bis spät in die Nacht Zigaretten geraucht hat. Ein Angestellter soll ein brennendes Zigarettenende weggeworfen und den Brand verursacht haben. Die Annahme, dass das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist, wird von keiner Seite mehr ernst genommen, auch nicht von der Zirkusverwaltung.

Von den Elefanten des Zirkus ist bisher keiner verendet. Zwei befinden sich jedoch noch in bedenklichem Zustande, zwei sind erblindet. Die übrigen verwundeten Elefanten befinden sich auf dem Wege der Genesung.

---

SPD. Graz, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Grazer Polizei hat drei arbeitslose Heimwehrleute verhaftet, die einen Mordanschlag gegen den Innenminister Winkler geplant haben sollen. Einer der Verhafteten hatte in der Nacht zum Montag im Vereinshaus der hitler-Partei einen Revolver verlangt, um Winkler, der sich gerade in Graz befand, niederzuknallen. Die in dem Heim anwesenden Nationalsozialisten redeten ihm seine Absicht zwar nicht aus, erstatteten aber später Anzeige bei der Polizei. Der Beschuldigte behauptet, er sei angeheitert gewesen und habe seine Angaben nicht ernst gemeint. Er habe nur feststellen wollen, ob die Nationalsozialisten Waffen im Besitz hätten. Dem widersprechen die Angaben der anderen Verhafteten, die aussagten, dass ein wirklicher Plan zur Ermordung Winklers bestanden habe.

---

SPD. London, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Die reaktionäre "Daily Mail", die bisher aus ihrer Sympathie für die Hitlerianer nie ein Hehl gemacht hat, hat jetzt eine Kampagne eröffnet, die dar-  
tun will, dass Deutschland die Reparationen nicht nur zahlen könne, sondern in  
englischen Interesse auch zahlen müsse, da sonst die deutsche Wirtschaft durch  
die Reparationsentlastung vor der englischen einen gefährlichen Konkurrenz-  
vorsprung gewinnen würde. Das Blatt versteift sich gar zu der für die engli-  
sche Industrie nicht sehr schmeichelhaften Behauptung, dass der Erlass der  
Reparationen die britische Industrie ein für allemal auswischen würde. Als  
Kronzeuge wird der englische Experte des Baseler Komitees, Sir Walter Layton,  
herangezogen.

Layton hat in einer Rede festgestellt, dass nach der Streichung der Re-  
parationen und Kriegsschulden die englische, grösstenteils während des Krie-  
ges angehäuften Staatsschuld pro Kopf der Bevölkerung etwa das 10 fache der  
deutschen und das 3 fache der amerikanischen und französischen Belastung durch  
die Staatsschulden ausmache. Diese Feststellung hat aber Sir Walther Layton  
nicht verhindert, in derselben Rede zu sagen, dass es im höchsten Grade wün-  
schenswert sei, wenn man durch ein gemeinsames Uebereinkommen reinen Tisch  
mit Reparationen und Kriegsschulden machen würde. Um diesen Teil der Rede küm-  
mert sich die "Daily Mail" nicht. Sie verhält sich, als habe sie schon die  
viel erörterte Tatsache vergessen, dass gerade die Reparationszahlungen den  
der englischen Industrie gefährlichen Konkurrenzdruck hervorrufen und als  
wisse sie nicht, dass Deutschland seine inneren Kriegsschulden, die ursprüng-  
lich den englischen um nichts nachstanden, durch den radikalen Prozess der  
Inflation, Vernichtung aller Ersparnisse und Proletarisierung ganzer Volks-  
klassen abgeschrieben hat. Ein einfaches Rechenexempel ergibt überdies, dass  
die deutschen Reparationszahlungen, um dieselbe Belastung pro Kopf der Bevölke-  
rung wie die englische Kriegsschuld zu erreichen, das vierfache der jetzigen  
Young-Annuitäten ausmachen müsste.

Im übrigen ist über die Reparationsfrage in England zu melden, dass am  
Freitag nicht nur Beneduce, der italienische Reparationssachverständige, mit  
seinem Kollegen die zuständigen englischen Minister sowie Sir Frederic  
Leithross vom Schatz gesprochen hat. Ferner hat sich der Nationalökonom Keynes  
mit der Auffassung der City einverstanden erklärt, dass die Lausanner Konferenz  
am besten verschoben würde und vorerst nur ein Moratorium bis zum Ende des Jah-  
res vereinbart werden solle.

-----

SPD. Die in der Nazi-Presse aufgestellte Behauptung, dass Reichskanzler  
Dr. Brüning von autoritativer ausländischer Seite darauf hingewiesen worden  
sei, dass er ohne die Unterstützung Hitlers als nicht verhandlungsfähig ange-  
sehen werde, werden von unterrichteter Seite als frei erfunden und aus der  
Luft gegriffen bezeichnet.

-----

SPD. Genf, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat mit 15 gegen 3 Stim-  
men die im Dezember vorigen Jahres von der Arbeitslosigkeitskommission aufge-  
stellte Entschliessung für Einführung der 40-Stunden-Woche in Krisenzeiten an-  
genommen. Die 16. internationale Arbeitskonferenz wurde auf den 12. April fest-  
gesetzt.

-----



SPD. Paris, 15. Januar (Eig. Drahtb.)

Briand hat am Freitag von den Abteilungschefs des Aussenministeriums Abschied genommen. Kolonialminister Reynaud stattete Briand einen Besuch ab und bat ihn, wie am Donnerstag Laval, dringend, seinen Posten als erster Delegierter Frankreichs beim Völkerbund beizubehalten.

-----

( Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# „Aus aller Welt“

„Der Mörder mit der Geige“.

Sensationsprozess in Berlin - Sühne für den Tod der 76-jährigen Witwe Wabnitz

SPD. Vom Schwurgericht beim Landgericht I Berlin wurde am Freitag der 22-jährige Musiker Helmut Kleiner wegen Einbruchsdiebstahls mit nachfolgendem Totschlag zu 12 Jahren 2 Monaten Zuchthaus verurteilt. Ausserdem erkannte das Gericht auf 5 Jahre Ehrverlust.

Am 22. Oktober vorigen Jahres wurde in einem Hause in der Angermünder-Strasse im Norden Berlins die 76-jährige Witwe Wabnitz ermordet aufgefunden. Der Verdacht richtete sich auf einen jungen Mann, der drei Tage vor der Tat bei der Ermordeten ein Zimmer gemietet hatte. Der junge Mann hatte in ziemlich kindlicher Weise aussergewöhnlich viel über sich und seine in Breslau wohnhafte Familie erzählt, sodass er auf diese Weise Material zu einem recht eingehenden Steckbrief lieferte. Besonders war in dem Steckbrief auch von jener wertvollen Geige die Rede, mit deren Besitz Helmut Kleiner wiederholt renommirt hatte. Von dieser Geige erzählte Kleiner auch in Waldenburg (Schlesien), wohin er geflohen war. Ein Polizist, der Kleiner in Waldenburg zunächst nur wegen einer Zechprellerei auf den Zahn fühlte, erkannte in ihm den durch Steckbrief angezeigten „Mörder mit der Geige“. Er sagte dem Verdächtigen die Tat auf den Kopf zu. Kleiner gestand. Er wurde nach Berlin überführt.

Hatte man ursprünglich das Vorliegen eines Raubmordes angenommen, so ergab die gerichtliche Voruntersuchung einen Einbruchsdiebstahl mit nachfolgendem Totschlag; als Motiv des Totschlags ermittelte die Untersuchungsbehörde die Absicht des Täters, sich der Ergreifung auf frischer Tat zu entziehen. (Die Mindeststrafe für dieses Verbrechen ist 10 Jahre, die Höchststrafe 15 Jahre Zuchthaus.) Die Anklage lautete entsprechend.

Kleiner stammt aus Breslau. Seine leicht hysterische, etwas psychopathische Art im Verein mit der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit hunderten ihn; beruflich auf irgendeine Weise festen Fuss zu fassen. Er war ein ganz guter Gegenspieler und glaubte als Caféhaus-Musiker sein Brot verdienen zu können; jedoch gelang es ihm nur selten Arbeit zu bekommen. Von Breslau aus verschlug ihn das Schicksal nach Lübeck - dann kam er wieder nach Breslau zurück - nun hoffte er, eine Tätigkeit in Liegnitz zu finden: in Wirklichkeit bestand seine Liegnitzer „Tätigkeit“ darin, dass er eine Geige unterschlug und für 20 Mark versetzte. Kleiner reiste nach Berlin; hier war er, wie er sagt, stets bemüht, Arbeit als Caféhaus-Musiker zu finden. Alle seine Versuche seien jedoch daran gescheitert, dass er, „der Mörder mit der Geige“, keine Geige gehabt hätte; er erklärt: „Ich wollte mir Geld verschaffen, auch auf unerlaubte Weise - nur um eine Geige kaufen zu können...“

„Die unerlaubte Weise“, auf die sich Kleiner Geld verschaffen wollte, war der Einbruchsdiebstahl bei einem Untermieter der Witwe Wabnitz - 3 Tage, nachdem sich Kleiner gleichfalls bei der als freundlich und sympathisch geschilderten Sechundsiebzigjährigen einlogiert hatte. Kleiner drang in das Zimmer dieses anderen Untermieters ein, erbrach den Schrank, entwendete einen Anzug - : beim Hinausgehen wurde er von Frau Wabnitz überrascht; empört schrie die Greisin: „Was machen Sie da? Sie stehlen ja!“ Kleiner drang auf die Frau ein - er wollte sie zum Schweigen bringen. Aber erst recht laut schrie nun Frau Wabnitz um Hilfe und nun schlug Kleiner in sinnloser Wut auf

die Greisin ein. Mit einer Reihe wichtiger Schläge streckte er sein Opfer zu Boden. Der als Zeuge vernommene Gerichtsarzt sagt, dass er fast nie in seiner Praxis einen derart zugerichteten Leichnam gesehen habe; ausser verschiedenen Würgemahlen habe er nicht weniger als 26 Kopfwunden gezählt....

Der zweite medizinische Sachverständige führte aus, dass bei dem Angeklagten trotz einer gewissen psychischen Beeinträchtigung von einem Ausschluss der freien Willensbestimmung nicht die Rede sein könne. Er glaubte weiterhin auf Grund der Untersuchung des Angeklagten sagen zu müssen, dass Kleiner an der Tat "affektiv nur wenig beteiligt" gewesen sei. Auch der Staatsanwalt sah durch das Ergebnis der Beweisaufnahme die bewusste Tötung als bewiesen an. Als Motiv der bewussten Tötung käme die in § 214 des STGB vorgesehene und bereits in der Anklage unterstellte Absicht in Frage, sich der Ergreifung auf frischer Tat zu entziehen. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 14 Jahre Zuchthaus. Das Gericht schloss sich der Beweisführung des Anklägers an, milderte aber das Strafmass.

+ + +

Zehnmal Suppengrün.... Der 42jährige bekannte Berliner Rechtswissenschaftler Dr. Cornell Salaban und seine 33jährige Ehefrau wurden am Freitag von Beamten der Berliner Kriminalpolizei als Fälschmünzer entlarvt und festgenommen. Salaban und seine Frau haben seit dem Jahre 1929 in ihrer Wohnung in Berlin-Lichterfelde mehr als 30 000 falsche Zweimarkstücke hergestellt und auf Berliner Wochenmärkten in Umlauf gebracht.

Ein Händler, der auf den Wochenmärkten des Berliner Westens schon verschiedentlich falsche Zweimarkstücke erhalten hatte, beobachtete, wie sich eine Frau, die zwei Apfelsinen mit einem solchen falschen Geldstück bezahlte, in der Nähe seines Standes mit einem schlanken, grösseren Herrn traf. Die von der Berliner Falschgeldzentrale nunmehr auf die Wochenmärkte zur Beobachtung entsandten Kriminalkommissare sahen das Paar noch öfters und stellten schliesslich fest, wie die verdächtige Frau beispielsweise zehn mal hintereinander für 10 Pfennig Suppengrün kaufte und immer mit einem falschen Zweimarkstück bezahlte. Getrennt verliess das Paar den Markt, es traf sich aber einige Strassenzüge weiter und fuhren dann in einer eleganten Limosine davon. Die Beamten notierten die Nummer und ermittelten so den Fälschmünzer, warteten aber mit der Verhaftung bis zu einer besonders beweiskräftigen Gelegenheit, die sich am Freitag bot.

Dr. Cornell Salaban bewohnt in Berlin-Lichterfelde eine vornehme Villa. Seine Fälscherwerkstatt wurde in einem verschlossenen durch eine Geheimtür geschützten Kellerraum entdeckt. Vor der Geheimtür stand ein Regal mit Büchern. In der Werkstatt fand man einen Prägestock und anderes Material.

+ + +

Der Calmette-Prozess. Im Lübecker Aerzte-Prozess ist die Beweisaufnahme geschlossen worden. Die von den Nebenklägern gestellten Beweisanträge wurden abgelehnt. Von der Verteidigung Dr. Altstaedts wurde dem Gericht ein Schreiben des Pasteur-Instituts überreicht, nach dem zwischen dem 1. Juli 1924 und dem 31. Dezember 1931 mit dem Calmette-Mittel insgesamt mehr als 400 000 Säuglinge mit anscheinend gutem Erfolge gefüttert wurden. Die nächste Gerichtssitzung findet am Montag statt. In ihr erhalten die Vertreter der Staatsanwaltschaft das Wort.

+ + +

St. Bernhard - Tibet. Eine Anzahl Mönche aus dem Kloster St. Bernhard in der Schweiz reisen in den nächsten Tagen in Begleitung ihrer berühmten Bernardiner-Hunde nach Tibet, um dort ein Kloster zu gründen.

+ + +

Max Sklareks "Formalitäten". Am Freitag wurde im Berliner Sklarek-Prozess die Rolle besprochen, die Stadtrat Rosenthal bei der Gewährung der Sklarek-Kredite der Stadtbank gespielt hat. Stadtrat Rosenthal, der demnächst auch als Zeuge vernommen werden wird, hat dem angeklagten Stadtbankdirektor

Hoffmann gute Auskünfte über die Bonität der Sklareks gegeben und sich auch beim Magistrat für die Sklarek-Kredite eingesetzt. Gleichzeitig hat Rosenthal in reger Geschäftsverbindung mit der Firma Sklarek gestanden. Hoffmann sah keinen Anlass, an der Objektivität Rosenthals zu zweifeln; er war für ihn "der grosse Kaufmann, der Handelsrichter und die Auskunftspersonen der Reichsbank", ja sogar "der ungekrönte König von Berlin".

Anschliessend begann das Gericht mit der Erörterung der den Sklareks zur Last gelegten Urkundenfälschungen. Seit dem Januar 1926 wurden von der Firma Sklarek bei der Stadtbank eine grosse Zahl unrichtiger Rechnungskopien zur Bevorschussung eingereicht. Zum Teil handelte es sich um absolute Phantasie-rechnungen - zum Teil um richtige Rechnungen, die ganz willkürlich umgeändert worden waren. Der angeklagte Sklarekbuchhalter Lehmann gab die Fälschungen zu. Der Erfinder dieser Technik soll der wegen schwerer Krankheit verhandlungsunfähiger Max Sklarek gewesen sein. Lehmann erklärt, Max Sklarek habe gesagt, dass es sich nur um eine "Formalität" handle: die Beamten der Stadtbank wüssten genau Bescheid. Leo und Willi Sklarek sagten in demselben Sinne aus. Es sei ihnen um Kreditgewährung, nicht um Betrug zu tun gewesen. Die Bezirksämter haben die falschen Rechnungen bezahlen lassen.

Postraub. Auf der Postagentur Colonowska bei Oppeln wurden zwei Beamte, die vom Frühzug eine Geldsendung abgeholt hatten, von drei maskierten Räubern überfallen und durch vorgehaltene Revolver bedroht. Die Verbrecher entwendeten die Wertsendung, die 6 500 Mark Unterstützungsgelder für Erwerbslose enthielt, sowie zwei Postsäcke. Die Täter entkamen.

"Köhler und Genossen". Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten die aus sechs Mann bestehende berüchtigte Bahnräuberbande Köhler und Genossen. Die Spezialität der unter Leitung des 34 Jahre alten ehemaligen Zuchthäuslers W. Köhler stehenden Bande war, sich bei Einbruch der Dunkelheit auf Berliner Güterbahnhöfe einzuschleichen, Lagerbestände zu plündern und die Beute in gestohlenen Autos abzutransportieren. Besonders häufig wurden auf diese Weise die Güterbahnhöfe Berlin-Weissensee und Charlottenburg heimgesucht.

Räuber eigenen Geldes? Gericht und Polizei in Moncke Corner (Süd-Karolina USA) beschäftigen sich augenblicklich mit der Frage, ob jemand wegen Raubes seines eigenen Geldes bestraft werden kann. Dieses merkwürdigen Verbrechens angeklagt sind zwei Grosskaufleute, die in eine Filiale "ihrer" in Konkurs gegangenen Volks- und Staatsbank eingedrungen waren und die Kassiererin mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe von 2 000 Dollar gezwungen hatten. Tatsächlich betragen die Guthaben der beiden Räuber bei dem verkrachten Unternehmen bedeutend mehr. Die Kaufleute haben sich der Polizei selbst gestellt. Sie erklärten, dass sie auf keine andere Weise in den Besitz ihres Geldes gekommen wären.

Die Auto-Nassauerin. Von einem Pariser Polizisten wurde eine junge Dame festgestellt, die ihre Einkäufe auf ebenso elegante wie eigenartige Weise vorzunehmen pflegte. Sie benutzte ein Auto, das ein Geschäftsmann regelmässig jeden Nachmittag von 5 bis 7 Uhr an einer ganz bestimmten Stelle warten liess. Kürzlich kam der Besitzer des Wagens 10 Minuten früher als üblich zur Parkstelle seines Autos. Der Wagen war nicht da. Als er den nächsten Polizisten anrief, sah er eine elegant gekleidete junge Dame "einlenken". Sie wurde gestellt und gestand, Allerdings fügte sie etwas vorwurfsvoll hinzu: "Sie würden die Abwesenheit Ihres Autos gar nicht bemerkt haben, wenn Sie sich so an die Zeit gehalten hätten wie ich es immer tue."



## Wie lange noch?

### Verschleppung der Arbeitszeitverkürzung - Verwahrung der Gewerkschaften.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitszeitverkürzung, nachdem sich die Arbeitgeber - wie zu erwarten war - bockbeinig zeigten, auf die lange Bank geschoben. Er hält zwar vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit "nach wie vor für dringend erwünscht", aber praktisch tut er zunächst einmal für die Arbeitszeitverkürzung auch "dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich tragbar" ist, so viel wie nichts. "Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden, wird" - so erklärt der Reichsarbeitsminister - "von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen."

Die Gewerkschaften sind von dieser Haltung des Reichsarbeitsministers recht wenig erbaut. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher jetzt gegen die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums durch folgenden, an den Reichsarbeitsminister gerichteten, Brief Verwahrung eingelegt:

"Mit starkem Befremden hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kenntnis genommen von der im Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ausgesprochenen Absicht, von der der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Vollmacht, die gesetzliche Höchstarbeitszeit für einzelne Berufsgruppen herabzusetzen, zunächst keinen Gebrauch zu machen.

Wir können die Begründung dieser Stellungnahme nicht anerkennen. Die Gestaltung des Arbeitsmarktes, das immer weitere Steigen der Arbeitslosigkeit und die Gewissheit, dass noch für im Augenblick unabsehbar lange Zeit mit einer Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muss, macht im Gegenteil die beschleunigte systematische Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit zu einer zwingenden Notwendigkeit.

Die Tatsache, dass neben den starken konjunkturellen Störungen der Wirtschaft die stürmische technische und betriebswirtschaftliche Rationalisierung in allen Berufen eine der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit ist, ist unbestritten. Damit wird die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr zu einer der wesentlichen Voraussetzungen einer systematischen Bekämpfung der aus der Verschiebung der strukturellen Grundlagen unserer Wirtschaftsführung sich ergebenden Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert daher, dass die Reichsregierung von der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen und ohnehin ungenügend weitgehenden Vollmacht ungesäumt in weitestem Umfange Gebrauch macht und sofort, soweit die Verordnung solches irgendwie zulässt, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabsetzt." -

Seit dem Erlass der vom Vorstand des ADGB erwähnten Notverordnung sind fast 8 Monate ins Land gegangen, ohne dass zur Lösung der Frage der Arbeitszeitverkürzung von der Regierung etwas Ernsthaftes unternommen wurde. Nach dem Scheitern des Versuchs, im Weg freiwilliger Vereinbarungen mit den Arbeitgebern einen Schritt weiter zu kommen, hat der Reichsarbeitsminister wieder=

holt versichert, dass nunmehr Ernst gemacht werde, für einzelne Beruf gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit durchzuführen. Da aber die Arbeitgeber von neuen Schwierigkeiten machten, blieb es bei den Versprechungen. Die Haltung des Ministeriums ist unbegreiflich, und die Haltung der Arbeitgeber in einer so brennenden und lebenswichtigen Frage, wie sie die Arbeitszeitverkürzung darstellt, ist eine Schande.

Die Zahl der Arbeitslosen überschreitet die Sechs-Millionengrenze, die Arbeitszeitverkürzung schiebt man aber auf die lange Bank. Die Entlassungen nehmen zu, Neueinstellungen erfolgen nur wenige, weil jeder stärkere Arbeitsanfall durch Erhöhung der Arbeitsstunden der Belegschaft, die ja meist in Kurzarbeit steht, bewältigt wird. Gewiss kann heute angesichts der starken Kurzarbeit eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden nicht mehr so starke arbeitsmarktpolitische Auswirkungen haben als zu der Zeit, wo die Gewerkschaften die Forderung nach Einführung der 40-Stundenwoche aufstellten. Deswegen braucht man aber auf die 40-Stundenwoche nicht gleich zu verzichten. "Noch immer", so betont die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, "kann gerade Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, einer grossen Zahl von Arbeitslosen wieder Lebensmut zu geben. Es ist unverständlich, dass sich das Arbeitsministerium, resp. die Reichsregierung immer noch gegen einen Schritt sträuben, der infolge der strukturellen Wandlungen unseres Arbeitsapparates eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist."

Wie lange noch, Herr Reichsarbeitsminister?

SPD. Für die mitteldeutschen Landwirtschaft würde dieser Tage von einem ausserordentlichen Schlichter ein Schiedsspruch gefällt, der u.a. bestimmt, dass die Geschirrführerzulagen, die nicht ausdrücklich als zusätzlicher Lohn bezeichnet sind, von der Lohnkürzung nach der Notverordnung nicht erfasst werden. Die landwirtschaftlichen Unternehmervertreter haben bisher in den Verhandlungen die Auffassung verfochten, dass solche Sonderzulagen unter die Bestimmungen der Notverordnung fallen, die von der Lohnsenkung handeln.

Die Begründung des Schiedsspruchs recht die Auffassung des Deutschen Landarbeiterverbandes, dass die Sonderzulagen einen vom Tariflohn völlig unabhängigen Faktor darstellen.

"Die Geschirrführerzulagen konnten" - so heisst es in der Begründung - "soweit sie nicht auf den Stundenlohnsatz abgestellt sind, nicht als kürzungsfähig erachtet werden. Sie sind für einen ganz bestimmten, zusätzlichen Aufgaben- und Pflichtenkreis gewährte feste Sonderzulagen und sind daher von dem nur nach der geleisteten Arbeitszeit bemessenen eigentlichen Grundlohn völlig unabhängig. Zulagen dieser Art, die - wie die Geschirrführerzulagen - kein Bestandteil des Lohnes sind, werden daher von der lediglich bei den Lohnsätzen gemäss § 2 der Notverordnung eintretenden Kürzung nicht miterfasst."

Das ist klar und eindeutig. Damit erübrigt sich jeder weitere Streit darüber, ob die Sonderzulagen für landwirtschaftliche Arbeiter unter die Lohnbestimmungen der neuen Notverordnung fallen oder nicht.

SPD. Auch die Unternehmer der sächsischen Holzindustrie sind mit dem Lohnabbau der Notverordnung noch nicht zufrieden. Sie glaubten, dass sie die Löhne noch unter die Sätze der Notverordnung herabsetzen könnten. Der Holzarbeiterverband hat daraufhin für den Tarifstreit die Schlichtung angerufen. Die Verhandlungen, die dieser Tage in Dresden stattfanden, endeten mit einem vom Schlichter Dr. Kimmich gefällten Spruch. Er bestimmt im wesentlichen, dass die tariflöhne in der Ortsklasse Ia 98 Pfennig pro Stunde betragen und sich

bis Ortsklasse IV auf 79 Pfennig abstufen. Der Vertrag trat am 15. Januar in Kraft und ist erstmalig zum 31. Mai kündbar.

Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung ist auf den 20. Januar festgesetzt.

SPD. Der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Popitz, hat in einem - einer privaten "Studiengesellschaft für den Finanzausgleich" erstatteten - Gutachten über den künftigen Finanzausgleich in Reich, Ländern und Gemeinden auch zur Arbeitslosenversicherung Stellung genommen. Popitz ist der Auffassung, dass die Arbeitslosenversicherung versagt habe und daher mit der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege in einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge aufgehen müsse, deren Verwaltung den Gemeinden übertragen werden solle.

Dieses Urteil über die Arbeitslosenversicherung wirkt etwas befremdend; denn man sollte eigentlich erwarten, dass gerade ein Mann wie Popitz auch die Bedeutung des Finanzausgleichs zu würdigen versteht, den die Arbeitslosenversicherung bietet. Nur durch sie ist es möglich gemacht, dass die schwachen Gemeinden und Bezirke von den, wenn man so sagen darf, besser gestellten Teilen des Reichs in der Arbeitslosenfrage mit durchgehalten werden. Ohne die Gefahrgemeinschaft der Arbeitslosenversicherung, d.h. ohne zentrale Beiträge und zentrale Ausgaben müssten vor allem die östlichen Bezirke einen sehr viel höheren Arbeitslosenbeitrag aufbringen, während andere Reichsgebiete oder Kommunen, z.B. Berlin, mit einem geringeren Beitrag auskämen. Der Lastenausgleich der Arbeitslosenversicherung ist in gewisser Hinsicht eine Art zweiter Osthilfe. Beitragsmittel und Steuermittel (bei der Krisenfürsorge) der Allgemeinheit gehen nach dem Osten. Wir wollen damit nichts gegen diese Art von Osthilfe gesagt haben, aber wir wundern uns, dass der Finanzausgleich, wie er in der Arbeitslosenversicherung vorliegt, nicht besser gewürdigt wird. Die Schilderung der finanziellen Bedeutung der Arbeitslosenhilfe im Deutschen Reich, die dieser Tage der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Syrup, im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht hat, gibt sehr interessante Einblicke in die Bedeutung dieses Finanzausgleichs durch die Arbeitslosenversicherung, d.h. in die starke Inanspruchnahme der zentralen Ausgleichsmittel der Reichsanstalt durch finanziell schwächere Bezirke. Die Arbeitslosenversicherung ist notwendig auch vom finanzpolitischen Standpunkt aus. Sie ist aber nicht möglich, wenn nicht ein Rechtsanspruch auf Unterstützung besteht. Wo sollen die notwendigen Milliardenbeträge herkommen, wenn nicht in erster Linie durch die Versicherung?

Die Arbeitslosenversicherung ist besser als ihr Ruf, und deshalb konnte sich auch vor kurzem der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, von neuem für ihre Aufrechterhaltung einsetzen. Im übrigen will man, so weit wir unterrichtet sind, auch im Reichsarbeitsministerium von einer Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung und von ihrer Ersetzung durch fragwürdige Experimente nichts wissen.

SPD. Die Verhandlungen über die Löhne in der ostoberschlesischen Metallindustrie sind gescheitert. Die Gewerkschaften machten die Unternehmer darauf aufmerksam, dass der geforderte Lohnabbau um 25 % für die Arbeiterschaft untragbar sei, da die gegenwärtigen Löhne bereits weit unter dem Existenzminimum liegen.

# Wirtschaft Technik Handel

## Einheitsgemisch - Einheitssubvention.

### Unmögliche Treibstoffpläne.

SPD. Die Öffentlichkeit ist vor einigen Tagen durch Pläne, einen einheitlichen Treibstoff zu schaffen und die deutsche Treibstoffwirtschaft zu reorganisieren, überrascht worden. Wie es heisst, sollen sich einige Reichsministerien, u.a. das Reichswirtschafts- und das Reichsverkehrsministerium, für diese Projekte einsetzen, obwohl die Voraussetzungen kaum gegeben sind. Die Anlagen der I.G. Farbenindustrie, die im Rahmen dieser Pläne eine grosse Rolle spielen, sind technisch wohl reif. Der Durchsatz, die Produktion von synthetischem Oel in einer bestimmten Zeit, ist gesteigert worden. Die Anlagen in Leuna produzieren aber noch unwirtschaftlich und zu teuer. Soweit die Beimischung von Kartoffelsprit zum Benzin in Frage kommt, die in den letzten Tagen wieder als Antiklopffmittel propagiert worden ist, lässt sich nur feststellen, dass die Verbesserungen in unseren Verbrennungsmaschinen fast ganz auf die teuren Antiklopffmittel verzichten lassen. Gerechtfertigt werden die oben erwähnten Pläne durch den Hinweis auf die notwendige Vereinfachung und Verbilligung. Wie sieht es damit aus?

Der deutsche Treibstoffmarkt könnte schon eine Vereinfachung gebrauchen. Der Kampf der internationalen Erdöltrusts um die Belieferung Deutschlands, verschärft durch die Erzeugergruppen in Deutschland selbst, den Bergbau, die Chemie, die ostelbische Landwirtschaft und die neu belebte deutsche Erdölgewinnung, hat zu einer phantastischen Uebersetzung und Vergrösserung des Vertriebsapparates in der deutschen Treibstoffversorgung geführt. Im Verlauf des Wettrennens unter den Konzernen sind viel zu grosse und zu zahlreiche Tankanlagen, Rohrleitungen, Transportmittel und Zapfstellen in Dienst gestellt worden. Wir haben in Deutschland ungefähr 700 000 Kraftwagen im Betrieb, aber 50 000 Zapfstellen. Dabei entfällt die Hälfte des deutschen Treibstoffverbrauchs auf Grossverbraucher mit eigenen Tankanlagen. Die Kosten des erbitterten Konkurrenzkampfes und der Zersplitterung muss der deutsche Verbrauch bezahlen. Alle Gruppen, die um den Absatz in Deutschland kämpfen, von Rockefeller bis zu den Sowjets, vom Ruhrbergbau bis zu den ostelbischen Schnapsbrennern, sind nämlich in der Betriebsstoffkonvention vereinigt, Sie halten die Preise hoch und halten sich dabei auf Kosten des Kraftverkehrs schadlos. So werden wirtschaftliche Fehlinvestitionen auf die Verbraucher und auf die Wirtschaft abgewälzt.

Der Gedanke kommt von selbst, diesem Unfug entgegen zu treten, und es liegt auch der Gedanke nahe, dass dieser Unfug durch staatliche Eingriff beseitigt wird, weil der Staat infolge der Treibstoffbestimmungen und infolge der grossen Bedeutung der Treibstoffwirtschaft für die Verkehrsentwicklung und die gesamte Volkswirtschaft an diesem Wirtschaftszweig stark interessiert ist.

Nach den Plänen, die bisher über die Reorganisation der deutschen Treibstoffwirtschaft bekannt geworden sind, will man ein Einheitsgemisch aus Leunaöl, Kraftsprit, Methanol, Benzol und deutschem Erdöl schaffen. Für die Einfuhr von Auslandsbenzin sollen Lizenzen, Einfuhrerlaubnis, vergeben werden. Diese Pläne können unmöglich auf eine volkswirtschaftlich vernünftige Reorganisation der deutschen Treibstoffwirtschaft hinauslaufen. Sie müssen, auf Kosten der Verbraucher, zu einem nicht zu rechtfertigenden Protektionismus, zu Riesen- subventionen führen. Sie würden keine Verbilligung, sondern eine fühlbare Verteuerung für die Kraftverkehrswirtschaft bringen. Man versichert uns wohl in



Verlautbarungen, in Communiqués usw., man könne mühelos die 1,5 Millionen Tonnen Kraftstoff, die die deutsche Wirtschaft jährlich braucht, zur Hälfte liefern. Aber wie steht es mit den Preisen? Wir wollen in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass ein Liter Kraftsprit gegenwärtig 50 Pfennig kostet, ein Liter Methanol rund 25 Pfennig. Das ist das Achtfache bzw. das Vierfache der gegenwärtigen Benzinimportpreise. Dass Leuna und die deutsche Erdölwirtschaft unter den um 6 Pfennige liegenden Benzinimportpreisen, wird auch wohl kein Mensch behaupten wollen.

Es sei hier nur an ein paar Beispielen gezeigt, welche Mehrkosten bzw. Subventionen sich ergeben, wenn die bekannt gewordenen Treibstoffprojekte durchgeführt werden. Dem Benzin werden gegenwärtig bereits 6 Prozent Spiritus zugesetzt. Das bedeutet eine Belastung von rund 3,75 Pfennigen pro Liter Kraftstoff. Nun will man nach den vorliegenden Projekten 10 Prozent Sprit zusetzen. Die "Alkoholbelastung" des Automobilisten würde sich damit auf 6,3 Pfennige steigern. Man muss dem entgegen halten, dass nach den Angaben der Benzinkonvention der gegenwärtige Importpreis für Auslandsbenzin 6,6 Pfennige beträgt. Weiter: Die staatliche Subvention, die die Benzingewinnung der I.G. Farben durch den Mineralsteuererlass bzw. durch Nichterhöhung der Ausgleichsteuer genießt beläuft sich bei einer Jahresproduktion von 100 000 Leunaöl auf 12 Millionen Mark und steigert sich bei der in den Projekten vorgesehenen Produktion von 350 000 Tonnen auf mehr als 40 Millionen Mark im Jahre. Auch der vorgesehene Methylalkohol muss, wenn er nicht zu einer starken Verteuerung führen soll, durch den Staat subventioniert werden. Angesichts dieser Verteuerung muss man den Preis für Treibstoff weiter steigern oder der Staat muss auf die Steuer verzichten. Nach den in den Projekten angegebenen Zahlen bedeutet ein Verzicht auf die Steuer für den Staat einen Einnahmeausfall von 100 Millionen Mark. Es liegt wohl auf der Hand, dass weder das eine, die Treibstoffpreissteigerung, noch das andere, der Steuerverzicht, zu rechtfertigen ist.

Wir müssen aus diesen Überlegungen heraus bezweifeln, dass die Regierung, sei es nun das Wirtschaftsministerium oder ein anderes Ministerium, diesen Plänen ernsthaft näher getreten ist. Wir hoffen auch, dass die zuständigen Stellen in der Öffentlichkeit bald deutlich erklären, dass ihnen diese Pläne fern liegen und dass sie derartige Interessenprojekte aus volkswirtschaftlichen Rücksichten und aus finanziellen Gründen ablehnen. Da aber die Frage der Reorganisation der Treibstoffwirtschaft einmal angeschnitten und die Erörterung in Fluss gekommen ist, wäre es Aufgabe der zuständigen Ressorts, eine volkswirtschaftlich vernünftige Konstruktion zur Beseitigung der schweren Misstände in unsere Treibstoffwirtschaft vorzubereiten. Dass diese nur auf dem Wege eines staatlichen Handelsmonopols -selbstverständlich unter angemessener Berücksichtigung der wirtschaftlichen und der Erfolg versprechenden einheimischen Produktion, aber nicht unter Gewährung nicht zu verantwortender, uferloser Subventionen - zu erreichen ist, braucht wohl nicht betont zu werden.

SPD. Die Organisation des Bäckergewerbes verweisen die Regierung auf die Gefahr der steigenden Mehlpreise und die Verfassung der deutschen Produktebörsen, die sicherlich mehr als bedenklich ist. Das Angebot, besonders das Angebot an Roggen, verknappt sich immer mehr und die Preise steigen. Wir geben dazu folgende Übersicht:

	Anfang Januar	Mitte Januar
	(Berliner Produktenbörse)	
Weizen pro Tonne	216 - 218 Mark	222 - 224 Mark
Roggen pro Tonne	185 - 187 "	196 - 198 "
Weizenmehl pro 100 Kilogramm	26,50 - 27,60 "	27,50 - 31,25 "
Roggenmehl pro 100 Kilogramm	25,50 - 27,60 "	27,00 - 29,25 "

Es fällt vor allem die starke Steigerung für Roggen und Roggenmehl auf. Der Roggenpreis hatte bereits Anfang dieser Woche die Grenze von 200 Mark

überschritten. Wenn er wieder zurückgefallen ist, dann liegt das wirklich nicht daran, dass sich die Lage erleichtert oder verbessert hätte. Es handelt sich um eine Zufälligkeit. Das Angebot an Roggen ist dauernd äusserst knapp. Die Börsenberichte unterstreichen das tagtäglich. Hier zeigen sich die Folgen der schlechten Roggenernte und auch die Folgen der Schiele'schen Futtermittelpolitik. Durch sein Maismonopol, durch verschiedene Subventionen und die unerhört hohen Zölle hält der Reichsernährungsminister die Futtermittelpreise künstlich hoch. Der Landwirt, besonders der kleine Landwirt, kann die hohen Futtermittelpreise nicht anlegen. Er verfüttert also seinen Roggen. Der Roggen wandert nicht in den Bocktrog, sondern in den Viehtrog. So ist es zur Desorganisation unserer Getreidemärkte gekommen. Die Folgen würden sich noch mehr zeigen, wenn der Reichsernährungsminister durch die ihm nahestehenden Institute nicht schon seit längerer Zeit ausländischen Roggen auf den Markt werfen würde, der zu einem verbilligten Zoll eingeführt wird. Wie die Preisbewegung aber beweist, reicht diese Hilfe nicht aus. Wenn das so weiter geht, wird der Roggenpreis bald weit über 200 Mark steigen und wir werden in Deutschland die schönste Brotsteigerung inmitten der Preissenkungsaktion erleben.

Für den Reichsernährungsminister ergibt sich die Pflicht, so bald wie möglich dem Getreidemarkt Material aus dem Auslande zuzuführen.

---

SPD. Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen, d.h. der Arbeitslosen, die noch nicht oder nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge unterstützt werden und daher den Gemeindeetat belasten, im Dezember weiter stark gestiegen. Allein in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohner betrug der Zuwachs seit dem 30. November rund 90 000, d.i. 8,6 v.H. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände dürfte sich am 31.12.1931 der Zuwachs gegenüber dem Vormonat auf mindestens 120 000 beziffern, sodass Ende Dezember in der öffentlichen Fürsorge insgesamt rund 1 650 000 Erwerbslose betreut werden. Im vergangenen Jahre haben sich die Wohlfahrtserwerbslosen nahezu verdoppelt. Unter Zugrundelegung des gegenwärtigen Standes beträgt die finanzielle Belastung der gemeindlichen Fürsorge aufs Jahr gerechnet, rund 1 Milliarde Mark, wenn ein Aufwand von nur 625 Mark pro Partei und Jahr angenommen wird.

---

SPD. Der Welthandel - die vom Reichsstatistischen Amt vorgelegte Aufrechnung umfasst 48 Länder, auf die sieben Achtel des gesamten Welthandels entfallen - hat sich im dritten Vierteljahr 1931 weiter verringert. Der Rückgang beträgt wertmässig gegenüber dem Vorvierteljahr 7 Prozent, mengenmässig 2 bis 3 Prozent. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 1929, dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, ergibt sich ein wertmässiger Rückgang im Welthandel um 43 Prozent und ein mengenmässiger Rückgang um 23 Prozent. In dem Rückgang sind besonders die überseeischen Länder beteiligt. Der Anteil Europas am Welthandel steigert sich weiter.

---

Angebot bleibt klein.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Januar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag wieder sehr ruhige Stimmung. Für Weizen war die Tendenz etwas matter und die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen teilweise etwas abgeschwächt. Für prompte Ware blieb das Angebot klein; jedoch war auch die Nachfrage sehr gering. Die Notierungen blieben unverändert. Auch Roggen wurde am Markte der Zeitgeschäfte wie im Prompthandel unverändert notiert. Hier blieb das Angebot gleichfalls klein und konnte zu unveränderten Preisen Aufnahme finden. Das Mehlgeschäft hatte sich wieder vollkommen beruhigt. Es fanden in der Hauptsache nur die dringendsten Bedarfsdeckungen statt. Lediglich für Roggenmehl in den billigen Qualitäten zeigte sich noch etwas mehr Interesse. Hafer hatte sehr ruhiges Geschäft. Die Preise konnten sich behaupten. Etwas freundlicher blieb die Stimmung für Industrie- und Futtergerste.

	14. Jan.	15. Jan.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	222 - 224	222 - 224
Roggen	196 - 198	196 - 198
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	152 - 157	155 - 160
Hafer	135 - 143	135 - 143
Weizenmehl	27,50 - 31,25	27,50 - 31,25
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,00 - 29,25
Weizenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen März 239-239½, Mai 246-		
247. Roggen März 208, Mai 212, Hafer März 154½-154½ und Geld, Mai - 162.		

Berliner Viehmarkt.

(15. Januar.)

SPD. Sobald sich das Angebot auf den Schweinemärkten, was am Freitag wieder der Fall war, etwas vermehrt, schlugen die Preise nach unten um. Die Kaufkraft der breiten Bevölkerung ist eben so geschwächt, dass auch schon kleine Steigerungen im Angebot genügen, um die Preise zu werfen. Die Gewinne, die der Markt am Dienstag mühsam machen konnte, sind am Freitag restlos verloren gegangen. Auch auf dem Hammelmarkt gaben die Preise, weil das Angebot stark war, nach. Auf dem Kälbermarkt waren höchstens schwere Kälber gesucht. In den anderen Klassen verringerten sich die Preise. Die Beschickung des Rindermarktes war ebenfalls reichlich, was sich in den Preisen ausprägte.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) 41 (-), b) (240-300 Pfd.) 41 (42-43), c) (200-240 Pfd.) 38-41 (40-43), d) (160-200 Pfd.) 36-38 (38-40), e) (120-160 Pfd.) 33-35 (35-37). Sauen 35-37 (37-38). Schafe: b) 33-36 (37-40) c) 30-33 (33-36), d) 20-23 (21-26). Kälber: b) 40-50 (45-53), c) 28-40 (30-43) d) 18-25 (18-28). Kühe: a) 24-28 (24-28), b) 20-23 (20-23), c) 16-19 (16-19), d) 12-15 (12-15).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S V D

Berlin, den 15. Januar 1932.

Liliencron und der Barbier.<sup>x</sup>

SPD. Vor kurzem hörte ich von einem Rundfunkkünstler ein Gedicht Detlevs von Liliencron vorgetragen "Heimgang in der Frühe". Gleich stand der lebensdurstige Poet und Baron wieder vor mir, wie ich ihn zuletzt einige Jahre vor seinem Tode in einer westfälischen Grosstadt gesehen hatte. Er schaute zwar schon etwas müde und abgekämpft aus; doch hatte ihn sein wundervoller Humor noch nicht verlassen. Es war die Zeit, da jeder literarische Verein, der etwas auf sich hielt, sich verpflichtet fühlte, zumindest einmal im Jahre seinen Mitgliedern einen lebenden Dichter vorzuführen. In jenem Jahre nun war Liliencron an der Reihe. Er las eine Kriegsnovelle, und eine Reihe Gedichte, darunter eben auch den "Heimgang in der Frühe". Nicht gerade hervorragend eindrucksvoll - die Vortragskunst war nicht seine Stärke -, aber immerhin: es war der Dichter selbst, der da seine Verse vortrug, und als er zum Schlusse das bekannte: "Die Musik kommt" mit einem Faustschlag aufs Vortragspult endete, war jedermann begeistert.

Am folgenden Morgen suchte ich mit dem Baron einen Rasiersalon auf. Während er eingeseift wurde, begann der Meister: "Herr Baron, ich habe Sie gestern Abend auch gehört, und nachher haben wir noch zusammengesessen. Da wurde auch eine Zeitschrift mit einem Gedicht von Ihnen herungereicht, und da haben wir nun darüber gestritten, was Sie wohl für ein solches Gedicht bekommen?" - Er zuckte mit dem Pinsel zurück und sah den Baron fragend an.

Liliencron antwortete, jovial lächelnd: "Das kommt auf den Verleger an. Manchmal sind sie knauserig, manchmal auch gerecht: wenn's hoch kommt: 20 Mark." -

"Mehr nicht!" entrüstete sich der Meister.

"Nun ja", scherzte Liliencron, "Sie sind doch auch ein Künstler, und ist's bei Ihnen nicht gerade so! Da haben Sie ein Stück Seife.... Kostet? ... Schön, 50 Pfennige.... Und was zahlt Ihnen der Kunde fürs Rasieren?"

"O je, oft nur 10 Pfennige! Es kommt halt auf die Kunden an; die Vornehmer geben natürlich mehr!"

"Sehen Sie, genau wie bei mir! Aber Sie benutzen die Seife doch viele, viele Male. Und da lohnt sich's doch am End'!" -

Der Meister verstand gleich: "Sie meinen, dass Sie mit einem solchen Gedicht die Zeitungen auch des öfteren.... "

"Jawohl", ergänzte der lustige Baron, "damit seife ich die Verleger so oft ein, bis nichts mehr daran ist; just so, wie Sie's mit Ihrer Seife auch machen; dann muss ich ein neues Stück nehmen."

"Und wieviel haben Sie davon auf Lager, wenn ich fragen darf?"

Der Schalk unterm Seifenschaum zwinkerte mir im Spiegel vergnüglich zu: "So an 500."

Der Meister strich das Messer ab und rechnete. Mit elegantem Schwunge fuhr er die rechte Backe herunter: "Und wie oft" - vertrauliches Lächeln - "seifen Sie mit einem Gedicht ein?"

"Na, auch wohl zwanzigmal!" -

Pause... Die linke Backe wurde vorgenommen....

"Also das ergibt dann 20 mal 20 mal 500 = zweihunderttausend Mark!"

"Aber natürlich! Und das pro anno! Und dazu kommt noch so manches andere Da sind noch die Novellen; da sind noch ein paar Dramen (ein heimlicher Seufzer; den nur ich verstand), und da sind die vielen, vielen Vortragsreisen!"

Der Meister versank in klaftertiefes Staunen. Er wusch die letzte Seife ab.

"Was wollen Sie," hob ihn der Baron wieder in die Höhe, "das Dichten ist ein Geschäft, genau wie das Ihre!"

Dann stand er auf: "Was schulde ich nun, Meister?"

Der Barbier erwiderte devot und eindeutig: "Der Herr Baron sind ein vornehmer Herr....!"

Freigebig und würdevoll drückte ihm der vornehme Herr eine Mark in die Hand. Draussen meinte er dann zu mir: "Aber der Mann hat mich auf eine Idee gebracht: Ich werde jetzt einen Geschäftsführer anstellen; der hat nach einem genauen Plane die gesamte deutsche Presse alljährlich viermal abzugrasen. Es sollte doch mit dem Teufel zugehen, wenn dabei nicht etwas herauskäme!" (Der Schalk in ihm war nicht klein zu kriegen.) Bei diesen Worten hakte er mich unter: "Und nun kommen Sie; ich habe noch nicht gefrühstückt!"

Wilhelm Lennemann.

---

### "Stimmt der Saldo?"

---

SPD. Der Zufall, dieser faule Witz des Schicksals, plazierte Hermann Spiess neben Heinz Köhler an das Buchhalterpult eines grossen Bureaus. Denn nur dieser Laune des Lebens ist es zuzuschreiben, wenn die beiden so eng benachbarten Posten des Kontokorrents am Morgen des 1. Juli von diesen beiden hoffnungsfreudigen Angestellten zugleich eingenommen wurden - ihre beiden Vorgänger waren am Tage vorher ausgeschieden, der eine freiwillig und gern, der andere "worden" und ungern....

Der Bureauchef, Herr Manz, hegte gegen die Konten L-R gesteigertes Misstrauen; sie befanden sich in neilloser Verwirrung. Man muss es also schon als finstere Machenschaft des Zufalls bezeichnen, dass Hermann Spiess eine halbe Minute nach Heinz Köhler das Bureau betrat und ihm deshalb die Verwaltung des verwehrlosten Postens zufiel, während Heinz Köhler Konten von märchenhafter Differenzlosigkeit erhielt. Köhler hörte sich schon in lebenswürdiger Zerstreutheit die Ausführungen des Bureauchefs an; Spiess trat hinzu und fand kaum Gelegenheit, seinen Namen bescheiden als offizielle Vorstellung anzubringen.

Bis zur Frühstückspause verlief alles glatt. Dann wandte sich zwischen einem schinken- und einem gänsebrustbelegten Butterbrote Heinz Köhler zur Seite: "Na, Herr Kollege, ich möchte nicht nur Brot mit Butter! Warum leisten sie sich keinen Aufschnitt?"

"Mir schmeckt das ganz gut so."

"Ha," meinte Köhler königlich, "mir ist es doch zu viel, essen Sie mal dies - ich seh', Sie sind verheiratet. Ich hätte diese Dummheit nicht gemacht, um trockenes Brot dafür zu essen!"

Hermann Spiess machte sich an die Arbeit. "Danke, Herr Kollege, ich bin gesättigt - ausserdem ist die Pause, glaube ich, vorüber...." Und er mühte sich von neuem mit den verlotterten Buchungen ab.

Spiess sah auf eiligem Heimweg, wie sich der flotte Kollege ohne weiteres Herrn Manz anschloss. Nie würde er, Spiess, gewagt haben, einen Vorgesetzten einfach zu begleiten - der Mann beschäftigte sich doch mit ganz anderen Fragen, als er beantworten könnte....

So verging der erste Tag, und so vergingen unzählige andre. Spiess musste sich seit mehr als einem Jahre mit einem billigen Anzug für die Bureaustunden begnügen - sein Kollege erschien, als ginge es zum Tanz oder zum Picknick.

Und erzählte ununterbrochen von Autofahrten mit seinem Freunde, einem Grosskaufmann, Bootspartien, Gesellschaften, opulenten Festmählern und nächtlichen Gelagen.

Wieso konnten diese Dinge den Buchhalter Spiess kränken? Eher hätte er und gehabt, durch die tausend Fehler entmutigt zu sein, die ihm immer wieder mit Hilfe des "Kollegen" durch Herrn Manz nachgewiesen wurden. Wenn auch diese Fehler noch auf fehlerhafte Additionen und Grundbuchungen, auf den Verlust von Grundbelegen durch jahrelang unbeachtet gebliebene Pfüscherei zurückzuführen waren, so liess es doch keine guten Schlüsse auf seine Tüchtigkeit zu, wenn noch immer Differenzen sich nicht klären wollten! Besonders nervös wurde Spiess, wenn Manz' Ausbrüche über seine angebliche Untüchtigkeit sich unter fünfzehn halb hämischen Augenpaaren abspielten - und wenn in ganz schlimmen Situationen ihm sogar der Chef ins Privatkonto rufen liess. Mochte das ganze Bureau sich die lustigsten Geschichten erzählen, mochte Herr Köhler die Zeitung lesen oder seine Nägel polieren - Spiess arbeitete wie ein Pferd. Die Rubrik L-R umfasste mehr als achtzehnhundert verpfuschte Konten - der Herr Kollege verwaltete kaum achthundert tadellos übernommene! Schliesslich fühlte Spiess zu seinem eigenen Erstaunen, wie er den scheinbar so freundlichen Köhler zu hassen begann - seine Reden konnte er kaum ertragen. Er hätte ihm ins Gesicht schlagen mögen, wenn er erzählte: "Beim Herrn Manz gestern Abend, die Tochter spielte gerade Klavier, hat er mir was im Vertrauen über Sie gesagt, Spiess. Er meinte, wenn die Wirtschaft in Ihrem Ressort nicht bald anders würde - und daran glaubt er nicht -, dann müsste er dem Chef ihre Kündigung unterbreiten. Eigentlich darf man solche Sachen ja nicht ausplaudern, aber Sie sind doch ein ganz netter Kerl, wenn Sie auch nicht so tüchtig sind wie ich!"

"Wenn Sie mir Ihre Konten geben, kann ich genau so tüchtig sein!"

"Ach wo," grinste Köhler, "Sie sind eben ein unmoderner Mensch. Glauben Sie mir, nur Ihre Ehe macht Sie in so jungen Jahren kaputt. Schade um Sie!"

Wieder erlaubte sich das Schicksal einen faulen Witz: Spiess befand sich in einem Raume, der üblicherweise aus diskreten Gründen nur von einem Menschen zugleich aufgesucht wird. Die Tür zum Vorderraum klappte, und der Buchhalter unterschied die Stimmen Köhlers und des Bureauvorstehers.

"Na, Herr Manz, Sie müssten sich mal die Konten von Spiess ansehen! So viele Böcke bei einem Angestellten hab' ich noch nicht gesehen!"

"Sie müssen bedenken, dass Spiess einen vollkommen unfähigen Vorgänger hatte!"

"Und alle die neuen Fehler? Nee, wissen Sie, mir kann er nichts vormachen - ich hab' schon in Riesenfabriken Bilanzen gebaut." - Die Herren entfernten sich, und der Buchhalter Spiess erkannte in eigenartiger Beleuchtung den Sinn des Wortes "Kollegialität".

Ja, und schliesslich erschien an einem Morgen Köhler nicht an seinem gewohnten Platze. Drei Tage später übernahm ein neuer Kollege seinen Posten. Er hätte auch Spiess heissen können, denn er sah so aus. Und die Arbeit erschien dem ersten, der wirklich so hiess, ein Paradies zu werden. Das ganze Bureau steckte die Köpfe zusammen. Man tuschelte dies und das -, die Angestellten erfahren immer gerade das, was man ängstlich vor ihnen geheim hält. Der Chef war zwei Tage nach der Hochzeit seiner Tochter mit Herrn Köhler Grossvater geworden, und er richtete seinem Schwiegersohn ein eigenes Geschäft ein.

Der tüchtige Herr Köhler erschien gelegentlich bei Prokurist Manz im Bureau. Seine Handelsbeziehungen bildeten den angenehmsten Gesprächsstoff, denn nach seinen Ausführungen hatte er die ganze Börse in der Hand. Sein Auto war jedenfalls luxuriös. Einzig der Buchhalter Spiess enthielt sich jeder Meinungsäusserung, aber auch niemand störte ihn mehr; er arbeitete.

Als Spiess an einem Morgen im Bureau erschien, konnte niemand ahnen, dass dieser Mensch der Pflicht die Möglichkeit für das spurlose Verschwinden des von seinen Gläubigern gedrängten Heinz Köhler geschaffen hatte. Während die Herren Kollegen sich eingehend über den Fall aussprachen, suchte er Differenzen zwischen Wünschen und Erfüllungen, Differenzen im Kontokorrent des Schick-

sals. Und nun nahm er in seinen Erinnerungen die Ausbuchung vor, und es verblieb nicht der kleinste Saldo. Kurz nach Mitternacht hatte ihn das Schreien der Hausglocke geweckt. Er riss das Fenster auf - unten stand Heinz Köhler. Er liess ihn ein und lernte die unerbittliche Revision von Zufallsbuchungen kennen. Köhler, der Mann mit dem Auto, der reichen Frau und der Ueberzeugung von seiner eigenen Genialität, kam wie ein Bettler in der Nacht zu ihm und flehte um eine lächerliche Summe, nur so viel, wie nötig war, um die Grenze zu erreichen. Spiess ging ins Nebenzimmer, schloss ein kleines Kästchen auf, entnahm ihm dreihundert Mark, die Ersparnisse des letzten halben Jahres, von denener mit seiner Frau im Sommer verreisen wollte, und legte sie Köhler wortlos in die Hand. "Mensch, Spiess, Sie sind der beste Kerl auf der Welt! Wenn ich im Ausland mein neues Vermögen gemacht habe, werden diese dreihundert Mark Ihr Glück werden!" Strahlend zog er ab. Spiess blickte dem hastig Davoneilenden eine halbe Minute nach, und eben wollte er um die Ecke biegen, als ihn des Buchhalters Ruf erreichte: "Ich brauche mir kein Glück schenken zu lassen. Du.....Aas!"

In dieser Nacht schlief Hermann Spiess nicht wieder ein. Dem bankrotten Kaufmann Heinz Köhler war die Flucht gelungen. Hermann Spiess arbeitete, um den Saldo klar zu kriegen.

Walter Anatole Persie

-----  
Edouard Manet.<sup>x</sup>  
-----

(Zu seinem 100.Geburtstag am 23.Januar.)

SPD. Es steht heute unzweifelhaft fest, dass das Werk Edouard Manet's die grossartigste und vollkommenste Verkörperung der Kunstanschauung des Impressionismus bedeutet. Zugleich war dieser Franzose einer der kühnsten künstlerischen Neuerer, ohne einer Ueberheblichkeit, Marotten oder allzu engen künstlerischen Dogmen zu verfallen. Wie wahrhaft echt seine künstlerische Leistung ein modernes Empfinden ankündigt, zeigt schon ein Vergleich mit seinem malerischen Vorgänger Gustave Courbet, der auf den Barrikaden gekämpft und bewusst Themen aus dem alltäglichen Lebendargestellt hat. Manet ist zeitlebens ängstlich auf persönliche Zurückhaltung bedacht gewesen. Keins seiner Werke zeigt thematisch die bewusste Hervorkehrung des dritten oder vierten Standes, der Alltäglichkeit. Aber wenn man heute die Werke beider Künstler ohne Voreingenommenheit vergleicht, so macht man schnell die entscheidende Entdeckung! trotz aller Betonung eines neuen Weltgefühls bedeutet Courbets Werk doch nur den grandiosen Abschluss der Kunstauffassung der Vergangenheit, während in Manets Werk ein echt revolutionäres Element zutage tritt, nämlich eine grundsätzlich neue Anschauung und Ausprägung. Courbet selbst konnte noch über den 13 Jahre jüngeren Manet spotten, er male nur "Spielkarten". Es wäre ihm, dessen künstlerisches Ziel die pralle Erfassung der Räumlichkeit war, wohl merkwürdig vorgekommen, wenn man ihm schon damals gesagt hätte, mit diesem Vorwurf umschreibe er eigentlich nicht schlecht Manets grosse und entscheidende Neuerung der Kunstauffassung: jenes Moment, das durch die Unterwerfung des Gegenständlichen unter die Mittel der künstlerischen Gestaltung erst alle nachfolgenden und noch so verschiedenen Stilrichtungen ermöglichte.

Manets künstlerische Anfänge lassen bald ahnen, dass er später tatsächlich die ganze überlieferte künstlerische Anschauung revolutionieren sollte. Aus gutbürgerlicher Familie stammend, erreichte er es erst auf Umwegen, nicht Jurist, sondern Maler werden zu können. Vorher fuhr er als Schiffsjunge nach Brasilien. Bei der Rückfahrt hatte er zum ersten Male Gelegenheit zu einer malerischen Beschäftigung. Das Schiff hatte eine Ladung Edamer Käse an Bord, der durch Salzwasser seine rote Farbe verloren hatte. Da der Kapitän von den Plänen seines Schiffsjungen wusste, gab er ihm den Auftrag, den Käse wieder aufzufärben. Das wurde von dem jungen Manet zufriedenstellend ausgeführt.

Wieder in Paris, kann er endlich als Schüler in das Atelier von Thomas Courtois einem damals berühmten Historienmaler, eintreten. Während einer Studienreise in Spanien reift ihm dann unter dem Einfluss von Velasquez und Goya seine eigene Darstellungsart heran. Trotz aller Abhängigkeit von seinen Vorbildern und selbst bei offensichtlichen Kopien kündigen diese frühen spanischen Bilder mit ihrem ungewöhnlich vereinfachten Aufbau schon ein neues schöpferisches Vermögen an. In seinem einst heftig umstrittenen Jugendwerke, dem "Frühstück im Freien" (1863), tritt schliesslich der selbständig gewordene grosse Meister hervor, der mit allen seinen nachfolgenden Werken, der "Olympia", dem "Bon Bock", "Balkon", "Gewächshaus", "Nana", der "Erschiessung Kaiser Maximilians" und nicht zuletzt mit seinen zahlreichen Bildnissen, Freilichtbildern und Stilleben eine tatsächlich neue und dabei ganz souverän zum Ausdrucke gebrachte Kunstanschauung aufweisen konnte.

Man versteht es heute, dass eine solche, rein den Problemen der Farbe und des Lichts hingeebene Malerei damals wie eine Bombe wirken musste. In einer Zeit, in der das pompöse Pathos als Massstab malerischer Grösse galt, konnte man den Wert einer derartigen, mit jeder falschen Ueberlieferung brechenden Malerei kaum verstehen. Erst eigentlich nach Manets Tode - er starb schon am 30. April 1883! - erkannte man nach und nach auch die ungewöhnliche Grösse seiner Kunstschöpfungen. Immerhin fand er auch zu Lebzeiten einige enthusiastische Bejaher, darunter Zola, der seine Eigenart allerdings missverstand, und Charles Baudelaire, der mit dichterischer Intuition manches Charakteristische nachzuzeichnen wusste. Heute empfinden wir die sinnenfreudige Schönheit von Manets Kunstwelt wie selbstverständlich und ohne gedankliche Ueberlegung. Wie schwer dies einst war, wird deutlich aus den Äusserungen seiner ersten Bewunderer, die zuerst erklärten, diese Kunst sei zwar unschön, aber wahr und deshalb wertvoll; die später schon sagten, dies ist schön, weil wahr, und die sich schliesslich zur allein richtigen Formel bekennen mussten: diese Kunst ist gerade durch ihre scheinbare Leichtigkeit schlechthin bezaubernd schön.

Dr. Otto Brattskoven.

### Die Sage vom Totenschiff.<sup>x</sup>

SPD. In Romanen und Abenteuerergeschichten liest man immer wieder von "Totenschiffen" oder sogenannten "Seelenverkäufern", auf denen auch Passlose, Staatenlose ohne Papiere und solche Menschen angeheuert werden sollen, die Grund dazu haben, aus der Welt der Lebenden zu verschwinden. Solche Schiffe sollen "schwimmende Särge" sein, die vom Schmuggel leben, verbotenerweise Waffen transportieren, und Schiffe, die von skrupellosen Reedern in seeuntüchtigem Zustande hochversichert hinausgeschickt werden, um mit Mann und Maus unterzugehen und ihrem Besitzer hohe Entschädigungssummen einzubringen.

Gibt es das wirklich, oder ist das nur eine Erfindung der Romanschreiber? Natürlich benutzen auch Schmuggler gelegentlich Schiffe, aber das sind meist kleine Fischerboote. Gelegentlich trägt auch ein Schiff illegale Waffen in seinem Vieles bergenden Rumpfe. Aber die sind dann von ihren Versendern falsch und als harmlose Dinge deklariert, und der Kapitän und die Reederei ahnen nicht, was sie befördern. Aber richtige Totenschiffe.....?

"Sag' mal, Kapitän, gibt es wirklich Totenschiffe?" frage ich meinen neuesten Freund, den alten Seebären Hinrichsen, den sie einfach "Käpten" nennen.

"Tjå, warum soll es das nicht geben? Da war mal einer, wie schrieb er sich doch....", meint Hinrichsen in einem platterdings nicht wiederzugebenden Platt und begutachtet sachverständig seinen sechzehnten "szdeifen" Grog.

"Nein, Käpten, ich muss es ganz genau und ehrlich und richtig wissen."

"Du willst es in die Zeitung hineinschreiben? Tjå, denn.... Also: nein! Das gibt es nicht. Das habt ihr Schreiber erfunden. Vielleicht kommt es mal



vor irgendwo in der Welt, dass so ein dreckiger Lausekerl...., aber wo ein solider Staat dahinter steckt, der Ordnung hält..., nein, da gibt es das nicht. Bei uns schon garnicht. Denn auf die Schiffe wird höllisch aufgepasst. Ein Schiff ist wie ein Mensch. Hat nicht umsonst auch einen Namen. Und ein Mensch muss einen Pass haben. Ein Schiff auch. Ein Schiff hat nicht nur einen Pass. Es hat einen ganzen Sack voll. Ein Mensch ist ein Nichts auf dem Meer. Ein Schiff aber ist eine stolze Sache. Deshalb braucht es auch viel mehr Papiere. Also pass' auf!"

Und Käpften Hinrichsen beginnt aufzuzählen und aufzuzählen, und was er sagt, das ist kein Seemannsgarn. Ich bin überall herumgelaufen bei den Stellen die diese vielen Papiere ausstellen, und überall hiess es: ja, der alte Seebär hat recht. So muss es sein.

Zuerst einmal muss jedes Schiff irgendwo eingetragen sein. Wie es früher für uns die Stammrolle gab, in der alle waffenfähigen Männer verzeichnet waren, so gibt es auch Schiffsregister, die allerdings nicht fest an ein bestimmtes Land gebunden sind. Die meisten deutschen Schiffe sind beim "Germanischen Lloyd" verzeichnet, der seinen Hauptsitz in Berlin und in allen Hafenstädten der Welt Filialen hat. England hat Lloyd's Register, und auch andre Länder haben gleiche Einrichtungen. Diese stellen das Seefähigkeitsattest aus, ohne das ein Schiff nicht auslaufen darf. Ähnlich wie die städtischen Hochbauämter den Häuserbau, so überwacht der Germanische Lloyd auch bereits den Schiffbau, sieht die Pläne ein und befiehlt notwendigenfalls Abänderungen. Die Schiffe werden je nach ihrer Grösse und Art in verschiedene Klassen eingeteilt, und das Klassezertifikat wird auf vier Jahre ausgestellt. Aber es gilt nur dann vier Jahre, wenn so lange dem Schiff nichts passiert und keine grössere Reparatur notwendig wird. Nach jedem Unfall, das ein Schiff erleidet, muss im nächsten Hafen das Seefähigkeitsattest neu ausgestellt werden. Speziell darum ist der Germanische Lloyd an allen Hafenplätzen der Welt vertreten. Nach zwei Jahren wird das Schiff untersucht, nach weiteren zwei, also insgesamt vier Jahren muss nach einer noch genaueren und eingehenderen Untersuchung das Seefähigkeitsattest neu ausgestellt werden. Ferner braucht jedes Schiff ein Attest über die Ausrüstung, das die Seeberufsgenossenschaft ausstellt.

Ist das Schiff ein Passagierdampfer für Auswanderer, dann muss auch von Fall zu Fall der Reichskommissar für das Auswanderungswesen seine Genehmigung geben. Jedermann, der auf dem Schiffe beschäftigt ist, hat eine ganz bestimmte Obliegenheit beim Rettungsdienst in Fällender Gefahr zu erfüllen. In Sicherheitskursen werden diese einzelnen Posten verteilt und geübt. Wenn es dem Reichskommissar notwendig erscheint, kann er die Vorführung eines solchen Manövers verlangen.

Dann braucht ein Schiff Gesundheitspässe. Der jeweilige Hafentarzt kümmert sich nur um die einlaufenden Schiffe. Die auslaufenden haben sich von den konsularischen Vertretungen aller der Staaten, in denen sie auf ihrer Reise die Häfen aufsuchen, von Fall zu Fall diese Gesundheitspässe ausstellen zu lassen. Läuft beispielsweise ein Schiff auf einer Reise zwölf Häfen in sieben verschiedenen Staaten an, dann muss es sieben verschiedene Gesundheitspässe haben.

Ausser diesen gibt es noch eine ganze Anzahl ständiger Papiere, die immer an Bord sein müssen: ein Seeschiffsmessbrief, ein Maschinenzertifikat, ein Schiffszertifikat, ein Messbrief für den Suezkanal und ein Messbrief für den Panamakanal, wenn das betreffende Schiff auch dorthin fährt. Und dann natürlich noch das Schiffstagebuch, das sorgsam geführt werden muss. An jedem Tage wird eingetragen, welchen Tag das Schiff zurückgelegt hat, wo es sich befindet, wie das Wetter war, und was sich sonst noch auf dem Schiff ereignet hat. Und hinten in jedem Schiffstagebuch ist noch ein kleines, nicht sehr viel benütztes Geburts- und Sterberegister. Hier werden die Geburten und Todesfälle notiert und genau die Stellen, an denen sie erfolgt sind.

"Kennst du den Jacobs, den alten Rotbärtigen?" fragt mich der Käpften.  
"Nein? Frag' ihn mal, wo er geboren ist! Dann sagt er: soundsoviel Grad Breite

und soundsoviel Grad Länge. Ja, das gibt es auch."

"So," resümiert der Käpten, "das muss ein Schiff alles haben, und ohne das darf es nicht auslaufen. Kannst Dir jetzt selbst a<sup>u</sup>srechnen, ob es Totenschiffe gibt. Und zu drehen ist da garnichts. Dennwen was passiert, dann geht es nicht nur dem Kapitän an Kopf und Kragen, sondern auch allen denen, die diese Atteste und Zertifikate ausgestellt haben. Und die werden sich schön hüten, etwas zu attestieren, was sie nicht verantworten können."

"Aber wo ein Schiff gerade ist, das wissen sie doch nicht?"

"Nein. Eine Stelle, die weiss, wo alle Schiffe augenblicklich sind, gibt es nicht. Wer diese Papiere hat, der kann fahren, wohin er will. Wo die einzelnen Schiffe sind, das wissen nur die Reedereien, denen sie gehören. Ist schon eine harte Arbeit auf See. Und vor den Maschinen und den Feuerkesseln Dienst zu machen, ist kein Vergnügen. Aber Totenschiffe, Seelenverkäufer, nein, das gibt heute nicht mehr."

Mario Mohr.

-----  
M u t . x  
-----

Von einem Arbeitslosen.

Wir werden uns nicht unterkriegen lassen.  
Im grünen Laube leuchten gelbe Birnen.  
Nur heimlich können wir nach ihnen fassen.  
Wir wurden frei mit Kummer auf den Stirnen.  
Ganz frei! Die Hände ruhen aus in leeren Taschen.  
In Frankreich platzen fast von Gold die Banken.  
Nun dürfen wir nach fremdem Obste haschen.  
Armut veredelt uns zu Frei'n und Franken!

Und wenn wir hungern müssen oder frieren  
Und uns die Wohlfahrt höhnt mit leeren Kassen,  
Das unterscheidet uns von armen Tieren:  
Wir kriechen niemals hilflos hin auf allen Vieren.  
Wir werden uns nicht unterkriegen lassen!

-----  
SPD. Pendeluhrn und Erdbeben.<sup>x</sup> Schon häufig sind bei den für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Pendeluhrn Störungen durch Erdbeben und geringe Erdserschütterungen beobachtet worden. Nach einem Bericht in den "Astronomischen Nachrichten" hat jetzt M.Schuler eine Präzisionsuhr konstruiert, die von diesen Erschütterungseinflüssen befreit sein soll, und die gegenwärtig auf der Göttinger Sternwarte auf ihre Genauigkeit geprüft wird. Am Ende der Pendelstange dieser Uhr sind zwei Gewichte angebracht, die so konstruiert und berechnet sind, dass eine durch Erschütterungen und Temperaturwechsel hervorgerufene Änderung der Pendellänge die Schwingungszeit des Pendels nicht beeinflusst. Durch diese Bauart wird besonders der säkulare Gang ausgeschaltet, der bei fast allen Uhren auftritt und dadurch entsteht, dass sich das Pendel nach und nach verlängert. Bei der Schulerschen Uhr wird durch eine komplizierte Einrichtung der Ausschlag des Pendels ununterbrochen photographiert. Der Wert einer solchen Uhr besteht auch darin, dass man dadurch in der Lage ist, den Fehlgang bis auf unter 1 Sekunde im Jahre herabzudrücken. Auf diese Weise können die Werte der mit Sicherheit festgestellten Schwankungen der Erddrehung festgestellt werden.